

## Die Fraktionen der SPD und der Grünen im Ortschaftsrat Eschach

Sehr geehrter Herr Lehr,

in einer der nächsten Sitzungen werden die Spielplätze in Eschach wieder thematisiert werden. Wir wünschen, dass bei dieser Gelegenheit im Ortschaftsrat behandelt wird, ob, wo und wenn ja, welche Schilder auf den Eschacher Spiel- und Bolzplätzen aufgestellt werden.

Bisher sind uns zwei Plätze bekannt, die beschildert sind und deswegen an Sonn- und Feiertagen nicht benutzt werden dürfen: der Bolzplatz in Torkenweiler Süd und der Schulsportplatz in Weissenau.

1. In Hinblick auf die z.Zt. geltende polizeiliche Umweltschutz-Verordnung §5 gibt es keinerlei Nutzungsbeschränkungen auf öffentlichen Sport- und Spielplätzen, die nicht Dritten zum eigenverantwortlichen Betrieb überlassen und nicht weniger als 50 m von der Wohnbebauung entfernt sind.
2. Lediglich bei näher als 50 m an der Wohnbebauung liegenden Spiel- und Sportplätzen ist die Benutzung in der Zeit von 20 Uhr (Sommerzeit 21 Uhr) bis 8 Uhr verboten und die Mittagsruhe zwischen 12:30 und 14:30 Uhr einzuhalten.

Wir wollen verhindern, dass in Zukunft weiterhin einzelne Personen durch ihre Nörgelei die Möglichkeit haben, alle anderen (Kinder, Jugendliche, Familien oder Gruppen), die gerne auch oder besonders an Sonn- und Feiertagen bei gemeinsamem Sport und Spiel auf unseren Bolz- und Spielplätzen Freude und Entspannung suchen, zu hindern.

Deshalb stellen wir folgenden Antrag:

Die Beschilderung der Spielplätze ist auf das Notwendigste zu beschränken.

Schilder, die die Benutzung an Sonn- und Feiertagen und/oder zu anderen Zeiten als in der Polizeiverordnung beschrieben, verbieten, sind umgehend zu entfernen, wenn nicht ein Beschluss eines früheren Ortschaftsrats dem entgegenpricht.  
In diesen Einzelfällen ist zu prüfen und neu zu entscheiden, ob diese Verbote weiter Bestand haben sollen.

Falls Schilder aufgestellt werden sollen, ist zu klären, ob nicht lediglich beschrieben werden soll, dass die Plätze entsprechend den o. g. Punkten 1 und 2 benutzt werden können. Damit würde potentiellen NörglerInnen die Grundlage entzogen.

Ravensburg, 10. 2. 2009

für die SPD-Fraktion



Ingrid Ahrend-Vo

für die Fraktion der Grünen



Marianne Seeger